



**Julia Klöckner**  
Parlamentarische Staatssekretärin  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 0 30/22 7-7 07 00 - Fax: 0 30/22 7-7 67 01  
www.julia-kloeckner.de - Email: julia.kloeckner@bundestag.de

**Schutz vor „Google Streetview“**

- Musterwiderrpruch erhältlich
- Ministerium prüft gesetzliche Regelungen

Immer mehr besorgte Bürgerinnen und Bürger wenden sich wegen der Abfilmung von Ortschaften für „Google Streetview“ an die CDU-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Julia Klöckner. Diese wehren sich gegen die systematische Erfassung privater Häuser, ganzer Gemeinden und Städte.

„Das Verbraucherschutzministerium beschäftigt sich schon seit einiger Zeit mit „Google Streetview“, und im vergangenen Jahr haben Datenschutzbeauftragte intensiv mit dem Unternehmen Google darüber diskutiert, was nach geltendem Recht zum Schutz der Privatsphäre zu beachten ist. Google hat mittlerweile das Unkenntlichmachen von Gesichtern und Kraftfahrzeugkennzeichen durch so genannte „Verpixelung“ zugesagt sowie die Möglichkeit, schon vor oder auch erst nach der Veröffentlichung zu widersprechen und bei Widersprüchen auch die Rohdaten zu löschen“, informiert Julia Klöckner. Interessant ist auch der Ansatz der Stadt Ratingen, die das Abfilmen der Häuser als Sondernutzung einordnet und dafür eine Gebühr verlangt.

Dazu gibt es einen Musterwiderrpruch, mit dem die einzelnen Bürger widersprechen können. Den Widerspruch kann man per E-Mail an [streetview-deutschland@google.com](mailto:streetview-deutschland@google.com) übermitteln. Den Vordruck und weitere Infos gibt es auch im Wahlkreisbüro von Julia Klöckner unter der Nummer 0 67 81/56 78 03 oder per eMail-Anfrage unter [julia.kloeckner@wk.bundestag.de](mailto:julia.kloeckner@wk.bundestag.de).

„Der Schutz der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger in der digitalen Welt ist eine der wichtigsten Herausforderungen des mo-

**PRESSEMITTEILUNG**

dernen Verbraucherschutzes. Wir brauchen klare Leitplanken und wir prüfen bereits, welche weiteren gesetzlichen Regelungen hier erforderlich sind“, so Julia Klöckner

# PRESSEMITTEILUNG